

oliver [potthoff]
mensch mit naturrecht
Landwehrstrasse [28]
(21b) zu Holzwickede
Bundesstaat Preußen
Deutsches Reich

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF

Oude Waalsdorperweg 10

2597 AK Den Haag

Niederlande

Holzwickede, 26.08.2024

STRAFANTRAG / STRAFANZEIGE

des

oliver [potthoff] (mensch mit natürlicher person) u.a.

Landwehrstraße [28]

(21b) zu Holzwickede / Bundesstaat Preußen

Deutsches Reich (Verf. v. 16.04.1871)

gegen

Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH (HRB 51411) u.a.

Dorotheenstraße 84

10117 Berlin

GERMANY / DEUTSCHLAND

wegen

Fortführung des 3. Reiches (NAZI Regime der NSDAP) und Plünderung durch u.a.
Treuhandbetrug am Deutschen Volk durch Täuschung im Rechtsverkehr

B E G R Ü N D U N G

Das Deutsche Kaiserreich ist seit über 100 Jahren besetzt. Es sind Besatzungen nach kirchlichem Handelsrecht und können nur einen Staat simulieren als rein juristische Besatzungen durch Handelsunternehmen.

Beweis: Ausarbeitung von Dr. Jörg D. Krämer des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages "Gesamtstaatliche Aspekte der Rittersturzkonferenz von 1948" zugriff unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/495216/67a6fead005c57302a1c6a585d4f250d/Gesamtstaatliche-Aspekte-der-Rittersturzkonferenz-1948.pdf> am 26.08.2024

Staatswesen kann durch Handelsunternehmen als rein juristische Besatzungen nur simuliert werden und sind nach privatrechtlichem Handelsrecht ohne hoheitliche Rechte und Befugnisse.

Im Jahre 1871 wurde die kath. Kirche aus dem Kaiserreich verbannt, alle Konkordate (Verträge) sind erloschen.

1919 dann mit der Weimarer Republik wurden neue Verträge mit der kath. Kirche geschlossen, um das kirchliche (Kanonische) Handelsrecht nutzen zu können.

Als der Kaiser 1933 Adolf Hitler die Rechtsnachfolge verweigerte, schloß dieser mit der kath. Kirche neue Konkordate.

Nach 1955 schloss dann die Bundesrepublik Deutschland als Weiterführung des 3. Reiches erneute Konkordate mit der kath. Kirche.

Von 1949-1955 verlief die Besatzung des Deutschen Reiches noch über das 3. Reich = BRD, nachdem die BRD dann als Weiterführung des 3. Reiches 1955 die Besatzung über das Kaiserreich ausgesprochen hatte, musste die BRD dann neue Kirchenverträge schließen, um das kirchliche Handelsrecht nutzen zu können.

Dazu wurde die BRD gegründet, alle Rechte / Pflichten / Verträge des 3. Reiches wurden auf die BRD übertragen (siehe Überleitungsvertrag), ein in den USA angemeldeter Handelskonzern, somit war die Identität BRD = 3. Reich hergestellt.

Das 3. Reich wurde daraufhin dann liquidiert und völlig aufgelöst, welches nichts anderes bedeutet, dass eine Umbenennung vom 3. Reich auf BRD statt fand.

Alle Besatzungen erfolgten ausschließlich nach einem kriminellen Kirchenrecht !!!

Nicht ein einziger Besatzer verfügte jemals über irgendwelche hoheitlichen Rechte und Befugnisse, da es hierfür eines richtigen Nationalstaat bedarf, der einer vom Volk gegebenen Verfassung unterliegt.

Das Volk ist der Staat und das Volk beherrscht den Staat, nicht der Staat das Volk. Damit die Besatzer trotzdem über den menschen herrschen konnten, wurden diese ohne ihr Wissen zu juristischen Personen gemacht.

Beweis: 1952 BVerfG. 1 BvR 147 / 1952

Die sogenannten Beamten der BRD sind mit EstA-Urkunde (gelber Schein / StaG) ausgezeichnete Reichsbürger ohne Hoheitsrechte.

Ab 1949 wurden die Deutschen daher nur Scheinbeamtet, ein Beamter ohne Hoheitsrechte ist kein Beamter.

Beweis: BVerfGE – Bundesverfassungsgericht zum Beamten Status

In Deutschland gibt es seit dem 08.Mai 1945 keine Beamten mehr BVerfGE Aktenzeichen 1 BvR 147/52 vom 17.12.1953

Eine Bestallungsurkunde kann ebenfalls niemand vorweisen, geschweige denn eine Tätigkeitsgenehmigung nach Militärgesetz Nr. 2, Art. V.9 der alliierten Militärregierung.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt auch über kein Staatsgebiet.

Beweis: Urteil des BVerfGE vom 31. Juli 1973 mit dem Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BvR 373/83 von 1987 und Deutscher Bundestag Auswärtiges/Antwort – 30.06.2015

Im Jahre 1944 sagte Eisenhower über das Beamtentum seit 1933:

„Beamte sind seit 1933 keine Menschen. Beamte sind rechtlose N S D A P – Rechtsverbrecher.“

Nach der Geschichtsschreibung der Siegermächte hat er damit auch Recht, wenn man aber die wahre Geschichte heranzieht, ist er ebenso ein Kriegsverbrecher, hat aber nach den Gesichtspunkten von 1949 bis heute völlig Recht behalten, denn die Scheinbeamten der BRD besitzen den sogenannten Gelben Schein, Staatsangehörigkeitsnachweis und sind nach S.H.A.E.F. Gesetz von 1946 somit Kriegsverbrecher der Kategorie I und 2.

Mit dem Tillesen Urteil vom 06.01.1947 dürfen Deutsche Gerichte N S D A P Statuten (05.03.1933 – 08.05.1945) nicht anwenden oder sonstiges, da sie keine staatlichen Gerichte sind.

Das Urteil des Bundesverfassungsgericht von 1963 besagt, daß alle Urteile, Verordnungen usw. niemals irgendeine Rechtskraft besaßen.

Beweis: 1963 – BverfGE – Nichtige Verwaltungsakte:

Aufgrund der fehlenden Staatlichkeit verfügen Behörden der BRD nicht über Staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaftsrechte, denn staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaften werden von einem Staat verliehen. Nur bei Vorliegen dieser staatlich-hoheitlichen Gebietskörperschaftsrechte dürfen Verwaltungsakte gegen den Bürger ausgelöst werden.

Zusätzlich ist auch stets in keinem Gesetz, auf welche sich die BRD-Behörden in ihren Schreiben beziehen, ein Geltungsbereich zu finden. Ist kein Geltungsbereich vermerkt, kann nicht bestimmt werden, wo das Gesetz gültig ist.

Somit ist das Gesetz ungültig und kann nicht gegen den Bürger angewendet werden.

Beweis: BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963

Ebenso fehlt in den BRD-Gesetzen teilweise oder vollständig ein Hinweis auf die Grundrechte, welche durch den Verwaltungsakt eingeschränkt werden.

Diese Einschränkung der Grundrechte sind in Art. 19 Grundgesetz geregelt und müssen laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zwingend zitiert sein.

Beweis: BVerfGE 55, 100 bzw. 1BvR 668/04

Somit sind alle Verwaltungsakte, die seit dem 08. Mai 1945 ausgelöst wurden, rechtswidrig. Eine Verjährung besteht nicht und werden mit 250.000 Euro geahndet, im Wiederholungsfall 750.000 Euro.

Der Bundesrepublik Deutschland als 3. Reich unter neuem Namen von den Alliierten besetzt, wurde lediglich die Selbstverwaltung – V E R W A L T U N G – gestattet ohne jegliche hoheitlichen Rechte und Befugnisse.

Diese Verwaltungsfirma war in den USA im US-Bundesstaat Delaware als Briefkastenfirma gemeldet. Auch begründete die BRD seit 1958 nur noch einen Handelssitz im deutschem Kaiserreich.

Am 10.06.1958 trat die BRD dem Genfer Abkommen nach UN-Carter Art.73 bei und begründet seit dem lediglich nur noch einen Handelssitz in Deutschland und war seitdem keine eigenständige Organisation mehr, sondern lediglich ein Vertragspartner mit der D-U-N-S Nr. 342914780 unter SIC 9199 als Wirtschafts- und Verwaltungsverein im Standard Industrie Code nach Art. 133 GG, als ein Konzern in einem US-Handelsregister und kann dort unter dem New Yorker Vertrag 0.277.12 vom 10.06.1958 gemäß den Verpflichtungen vor dem Gericht vor Ort vollstreckt werden, denn die juristische Person der BRD und die juristischen Personen der Länder sowie die Behörden der juristischen Personen Organisationen sind nicht Recht-, Geschäft-, Handlung-, Delikt-, Insolvenz-, Vertrag- oder Prozeßfähig und begründen nur einen Handlungssitz.

Der gesamte Apparat des Bundestages mit seinen Gesetzgebungen usw. diente daher immer nur dem Zweck, das Geschäftsmodell der Plünderung durch Täuschung am Deutschen Volk, nicht zu gefährden.

Gesetze, Verordnungen usw. waren immer nur Empfehlungen zur Handlung an die tatsächlichen Besitzer des Deutschen Kaiserreiches, die diese Gesetzgebung aufgefasst und umgesetzt haben.

Weder die Alliierten, noch die BRD und schon gar nicht die kriminellen Besatzer des Kaiserreiches, durften jemals irgendwelche Gesetze und Verordnungen gegen deutsche Bürger erlassen.

Auch waren Steuerforderungen kriminell, weil sie illegal erhoben worden sind.

Beweis: BVerfGE 31.07.1973 – (2 BvF 1/73) „Es wird daran festgehalten (vgl. zB. BVerfGE 5 85 <26>), dass, das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig.“

Wichtig ist hier die Unterscheidung der Begrifflichkeiten, denn es ist immer nur die Rede vom Reich, tatsächlich geht es um das 2.- und das 3. Reich, denn die BRD ist N I C H T „Rechtsnachfolger“ des deutschen Reiches (Kaiserreich).

Die BRD ist mit dem Deutschen Reich identisch (3. Reich).

Der Kaiser lehnte im Exil 1933 die Bitte Hitlers, die Rechtsnachfolge antreten zu dürfen ab, daher war das deutsche Kaiserreich auch nicht am 2. Weltkrieg beteiligt, da es durch das 3. Reich besetzt war. Deshalb konnte das Kaiserreich auch nicht durch die Alliierten besetzt werden.

Deutsche- und Chasarische Verbrecher haben dann 1955 mit der neu gegründeten Bundeswehr als 3. Reich unter neuem Namen/Bezeichnung – Bundesrepublik Deutschland – besetzt, was die Alliierten wiederum berechnete die Bundesrepublik Deutschland (3. Reich) zu besetzen.

Es handelt sich um puren Faschismus, wenn Handelsunternehmen andere Handelsunternehmen besetzen, um wie hier das Deutsche Volk über eine Verwaltung von juristischen Personen ohne Rechte, vom Mensch zum Rechtsobjekt degradiert, zu versklaven, durch Täuschung im Rechtsverkehr.

Die USA waren schon seit 1871 nur noch ein Handelsunternehmen.

Das Kaiserreich kann auch nicht aufgelöst werden, weder durch Besatzung, Kriegsrecht oder irgendwelchen Firmen.

Es gibt nur 2 Möglichkeiten das Kaiserreich aufzulösen, entweder durch Umsetzung der §§ 139 GG & 146 GG der freien Deutschen oder durch Ausrottung oder Vermischung mit fremden Blut, so daß es keine reinen Blutlinien mehr gibt.

Daher erließ Adolf Hitler seinerzeit auch die Ariergesetze, damit die Deutschen ihre angeborenen Rechte auf ihr Staatsgebiet niemals verlieren können.

Beweis: Internationaler Gerichtshof (IGH) Urteil vom 03.02.2012, No. 143

Worum es bei diesem Urteil ging:

Im 2. Weltkrieg wurden Kriegsverbrechen durch die deutsche Wehrmacht begangen, konkret Zivilisten als Vergeltung für Widerstand aus der Bevölkerung erschossen. Dabei ging es im wesentlichen um zwei Fälle, nämlich in Civitella (Italien) und Distomo (Griechenland).

Hierfür haben Angehörige der Getöteten Schadensersatzansprüche vor italienischen bzw. griechischen Gerichten eingeklagt und Recht bekommen. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche wurde die Villa Vidoni am Comer See beschlagnahmt. Die Bundesrepublik hat deswegen den italienischen Staat verklagt womit sich die Frage ergibt, was die Bundesrepublik mit dem Dritten Reich zu tun hat ?

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, daß Bundesrepublik und das Dritte Reich rechtlich identisch sind, d.H. sie wissen es und handeln stets vorsätzlich.

Der deutsche Staat besteht dementsprechend ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde.

Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates und bedeuten purer Faschismus, da die Weimarer Republik und das 3. Reich nur Handelsunternehmen waren.

Auch nach dem 2. Weltkrieg ist das 2. Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern bestand ohne einheitliche Staatsgewalt zunächst als besetzter Staat, später als BRD und DDR, fort.

Seit der Wiedervereinigung gibt es nur noch ein Deutschland, das aber völkerrechtlich durch die NS-Verwaltung (Reichsbürger) immer noch identisch ist mit dem 3. Deutschem Reich.

Daher muß die Bundesrepublik auch für alle Verpflichtungen des 3. Deutschen Reiches einstehen. Es lässt sich somit feststellen, daß der 1. Weltkrieg ein Krieg zwischen Staaten und Wirtschaftsunternehmen war und der 2. Weltkrieg war ein Krieg unter Wirtschaftsunternehmen mit sogenannter feindlicher Übernahme. Als Bundesrepublik Deutschland wurde seit 1949 die neue Besatzungsmacht bezeichnet.

Die BRD als Nachfolger des 3. Reiches hielt das Kaiserreich weiterhin besetzt. Ein privatrechtliches Staatswesen nach Handelsrecht ohne hoheitliche Rechte und Befugnisse.

Es durften immer nur die juristische Person privatrechtlich verwaltet werden, wobei die juristische Person der gewöhnlichen Geburtsurkunde entspricht.

Beweis: Die Alliierten haben 1985 die Handlungsfähigkeit des 2. Deutschen Reiches wieder hergestellt. Dies ist u.a. im Urteil des Landgericht Berlin unter dem Aktenzeichen 13.0.35/93 festgestellt worden.

Die Regierungsvertreter und alle anderen Beamten des Staates „Deutsches Reich“ sind mit Eid dienstverpflichtet und unterstehen der Genehmigung, Anweisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit der amerikanischen Streitkräfte, im Endeffekt deren Oberbefehlshaber, dem Präsidenten der U.S.A.

Die U.S.A. haben als Siegermacht des 2. Weltkrieges unter anderem die Reichsbahn als Sondervermögen des Deutschen Reiches beschlagnahmt.

Das Hoheits- und Vertretungsrecht über Deutschland kann völkerrechtlich nur von einer Regierung des 2. Deutschen Reiches (Kaiserreich) ausgeübt werden.

Die Regierung des „Deutschen Reiches“ ist die einzige Instanz, die territoriale und hoheitsrechtliche Belange des deutschen Volkes entscheiden kann. Es war niemals irgendeinem Vertreter oder einer Institution der besatzungsrechtlichen Provisorien (Staatssimulation) „Bundesrepublik Deutschland“ und „Deutsche Demokratische Republik“ möglich gewesen über Deutschland als Ganzes zu entscheiden.

Das bedeutet, daß eine Abtrennung oder Abtretung von Teilen des Deutschen Reichsgebietes z.B. an Frankreich, Polen und Russland durch Vertreter der Institution „Bundesrepublik Deutschland“ unmöglich, da rechtswidrig und somit von Anfang an ungültig war.

Die entsprechenden Gebiete gehören weiterhin zum Staat „2. Deutsches Reich“ (Kaiserreich) und werden bei Erlangung der vollen Souveränität diesem nach internationalem Völkerrecht wieder zurückgegeben werden.

Der Freistaat Preußen wurde zum späteren Zeitpunkt durch durchgeführte Wahlen wiederbelebt. Dr. Hennig wurde als Staatspräsident am 17. Juni 1995 durch die Landesversammlung gewählt und bestätigt, wobei diese erneute nachfolgende Wiederbelebung rechtlich zu prüfen bleibt. Dr. Ebels Auftrag war u.a. die Reaktivierung Preußens über eine Verfassungsergänzung im Jahre 1987, damit eine „Vereinheitlichung“ Deutschlands (keine Wiedervereinigung) stattfinden konnte.

Dieser Schritt schaffte die Grundlage für die Pariser Konferenz am 17.07.1990, die ohne dem nicht umsetzbar gewesen wäre.

Mit dem 18.07.1990 waren somit die S.H.A.E.F.-Gesetze und die S.M.A.D.-Befehle ebenfalls reaktiviert. Deshalb war das Bundesverfassungsgericht dann auch gezwungen, die Rechte der Deutschen Staatsangehörigen zu bestätigen !

Beweis: 1987 BVerfG 77, 137 : “Das Deutsche Volk ist seit dem 16.04.1871 Träger des Selbstbestimmungsrechtes.

Der bürgerliche Tod ist damit ausgeschlossen, das deutsche Volk steht V O R dem Gesetz.

Staatssimulationen wie die Weimarer Republik, das 3. Reich oder der Nachfolger des 3. Reiches, die BRD / BRaD / BR dvD usw. konnten daran auch niemals etwas ändern, ein handelsrechtliches Staatswesen verfügt über keinerlei Staathoheitliche Rechte und Befugnisse, Handelsrecht = privates Recht.

Die juristische PERSON, der PERSONAL-Ausweis, alles basiert auf Täuschung im Rechtsverkehr § 123 BGB = Betrug § 263 StGB und ist rechtsungültig.

Es gibt auch keine staatenlose Deutschen, alle Deutschen die ihre Abstammung bis vor den 22.07.1913 nachweisen können, sind deutsche Staatsbürger des deutschen Reiches von 1871.

Gemäß der alliierten Streitkräfte sind alle, die nach 1944 auf deutschem Staatsgebiet geboren worden sind, deutsche Reichsangehörige.

Auch die Konkordate (Staatsverträge) mit der katholischen Kirche (Kanonisches Recht) sind rechtsungültig, denn privatrechtliche, handelsrechtliche Staatssimulationen können keine staatshoheitlichen Verträge im Namen des Volkes schließen.

Da die kath. Kirche bereits 1871 aus dem deutschem Reich verbannt wurde, kann das Kanonische Recht keinerlei Anwendung finden.

Das deutsche Volk wird gewaltsam durch Verleumdung, Lügen, Betrug, Terrorismus und Gewaltanwendung von den NAZI-Verbrechern (Beamtentum der BRD) daran gehindert ihren Staat zu reorganisieren um ihre Rechte wahrzunehmen.

Ausgenommen von den Rechten des Selbstbestimmungsrechts und allen damit verbundenen Menschenrechten § 1 BGB von 1896, sind die sog. Beamten des 3. Reiches, die Reichsbürger.

Diese haben freiwillig die Staatsangehörigkeit – 3. Reich = Reichsbürger – angenommen und üben seitdem kriminelle Gewalt, Terrorismus, Folter, Plünderungen, Enteignungen usw. gegen die verbrieften Menschenrechte des deutschen Volkes aus.

Beweis: 1983 BVerfG 2 BvR 315 / 83 und BGH Urteil „Es ist verboten den menschen als Objekt / juristische Person zu behandeln. Nach § 1 BGB von 1896 – souveräne deutsche Staatsbürger.

Trotzdem wird der mensch immer wieder durch Täuschung und Betrug, durch Nötigung, Erpressung, Gewaltandrohung dazu gezwungen, die Rolle des Treuhandverwalters und damit die Haftung und Verantwortung für die juristische PERSON zu übernehmen.

Bedeutung: Der Deutsche Bürger steht vor dem Gesetz aufgrund seiner Rechte, -als Rechtsträger,- der Scheinbeamte hat alle seine Rechte freiwillig aufgegeben und steht unter den Rechten der Bürger und auch unter dem Gesetz.

Der deutsche Bürger war niemals das PERSONAL der Bundesrepublik, der PERSONAL-Ausweis wurde unter Zwang, Lügen, Betrug und Täuschung im Rechtsverkehr verordnet.

Zwang, Betrug und Täuschung machen jeden Vertrag rechtsungültig.

Die sog. Beamten dagegen haben ihre Rechte freiwillig aufgegeben, um in das Beamtenverhältnis aufgenommen zu werden.

Viele der sog. Beamten wurden durch Indoktrination und Täuschung zu nützlichen Helfern bei den Verbrechen gemacht zur Durchsetzung krimineller Interessen Dritter.

Sie glauben daran etwas Gutes zu tun, für Recht- und Ordnung zu sorgen, berauben und plündern dabei das eigene Volk für einen US-Raelischen Handelskonzern.

Die Beute wird von diesem Konzern als Schenkung verbucht, (z.B. BRdVd) die Haftung verbleibt bei den Plünderern / Terroristen (Nazi-BEAMTEN).

Die Geschäftsführer dieser Telemedienanbieter, als solche sind die Firmen angemeldet, wissen bestens darüber Bescheid, lassen sich ihre kriminellen Machenschaften auch hoch bezahlen.

Auch sie unterschreiben nichts selbst und geben nur Empfehlungen raus.

Am 18.09.1973 sind die BRD und die DDR der UN beigetreten und haben sich offiziell zum Feind Deutschlands erklärt, wonach die BRD und die DDR also nichts mit Deutschland zu tun gehabt haben.

Das Besatzungskonstrukt BRD wurde am 17.07.1990 völlig aufgelöst. Ab dem 03.10.1990 hatte das Besatzungskonstrukt dann den Namen – DEUTSCHLAND - .

Dieses – DEUTSCHLAND – erklärte sich ebenfalls zum Feind des 3. Reiches, was auch gut wäre, wenn man die Tatsache vergessen würde, daß das 3. Reich von ihnen selbst durch Täuschung und Betrug erschaffen wurde, damit der "Feindstaat" künstlich erhalten bleibt.

Adenauer, Schröder, Kohl, Merkel & Co. erschufen also erst NAZI-Beamte ohne deren Wissen und Zustimmung, die dann für sie und Dritte rauben, plündern und terrorisieren und so das Volk unten halten. Dafür erklärten sie sich öffentlich zu ihren Feinden, heucheln ihnen aber weiterhin vor, ihre Regierung zu sein. Eine perfide Niedertracht die ihresgleichen sucht.

Die Wiedervereinigung am 03.10.1990 hat es nie gegeben, sie ist rechtsungültig. Die Gründung der neuen Bundesländer am 14.10.1990 ist ebenfalls rechtsungültig.

Beweis: - Siehe Art. Bundesländer – Das war bereits durch das Urteil des BVerfG 1963 als nichtiger Verwaltungsakt offenkundig. Fehlende Staatlichkeit bedeutet auch fehlendes Recht, Gebietskörperschaften zu gründen.

2006, 2007 und 2010 wurden die Bereinigungsgesetze erlassen, damit wurden dem Besatzer – Deutschland – (BRD) sämtliche Rechtsgrundlagen entzogen. Am 25.07.2012 urteilte das BVerfG das die Wahlen seit 1956 ungültig sind womit seit 1956 keine legitime Regierung am Werk war und somit alle Gesetze und Verordnungen nichtig sind.

Beweis: BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) stellt fest, daß es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab.

Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig, denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, das Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.

- BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen
- Neues Wahlgesetz nichtig
- Altes Wahlgesetz nichtig
- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines gültigen Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung

Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Juristika, Gesetzgebungen usw. völlig entzogen.

Dies erfolgte aber bereits schon mit den Bundesbereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den Alliierten erlassen worden sind.

Seit dem 01.11.2016 ist die BRD durch Konkursantrag völlig handlungsunfähig gewesen, ab dem 09.04.2018 offiziell dem 12.07.2018 existiert die BRD nicht mehr, sondern wurde wegen Konkurs völlig aufgelöst.

Die aktuelle Besatzung entsteht somit seit 1949 von den „eigenen Leuten“ in den Scheinämtern und Scheinbehörden mit ihren Scheinbeamten, die als Reichsbürger – Nazis – ausgewiesen sind.

Beweis: 1952 BVerfG 1 BvR 147 / 1952

Beamte sind mit EstA-urkunde ausgezeichnete Reichsbürger ohne Hoheitsrechte. Ab 1949 wurden die Deutschen Scheinbeamtet, ein Beamter ohne Hoheitsrechte ist kein Beamter.

Die „kleinen“ sind zum größten Teil die Ahnungslosen, die denken, sie tun ihren Job und sie tun das Richtige. Die Führungsetagen dagegen sind die Wissenden, die korrupten und kriminellen denen es nur um die Selbstbereicherung geht. Sie unterschreiben rein gar nichts, sie schicken nur die „kleinen“ in die Haftungsfalle.

Beweis: Das BVerfG zur Staatshaftung:

– Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgericht“ vom 19.10.1982 (BVerfG 61, 149)). Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrem eigenen Vermögen und ihrer eigenen Freiheit, wobei die Hintergründe andere sind, als die in der Begründung des BVerfG dargestellt.

Der Clou, der Trick an der kriminellen Vorgehensweise ist, daß alles so dargestellt wird, daß die deutschen „Hardliner Nazis“ ihr eigenes Volk besetzen, es unterdrücken und ausplündern, während die „gutmütigen“ Alliierten das Völkerrecht eingehalten haben, sie haben sogar die Selbstverwaltung unter ihrer Aufsicht genehmigt und nur weil die Deutschen aber durch und durch bössartige Nazis sind (gemäß Geschichte der Siegermächte) mussten die angeblich „ach so guten“ Alliierten zum Schutze der Welt, die Nazis weiterhin besetzt halten.

Dabei wird allerdings gerne verschwiegen, daß allein die U.S.A. 57% von den geraubten Steuergeldern bekommt und alles nach internationalem Handels- und Kirchenrecht, welches ein rechtsungültiges Recht ist.

Folgende Bedeutungen seien hier aufgezählt und übersetzt:

- PARAGRAPH - § - = Betrug / betrügen
- BEHÖRDE = privates Buissenes Organisation / Kompagnie
- LANDKREIS = nicht existent, es gibt nur Kreise / Gemeinden
- BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND = seit dem 09.04.2018 nicht mehr existent. Ab 1949 – 17.07.1990 = Verwaltung im Auftrag der Alliierten (US-Unternehmen ohne Hoheitsrechte). Ab 18.07.1990 – 01.11.2016 (Konkurs) US-Handelsunternehmen ohne Hoheitsrechte und seit dem 02.11.2016 völlig handlungsunfähig.
- ÄMTER u. BEHÖRDEN in Deutschland = Bildung krimineller Vereinigungen seit dem 18.07.1990. (§129 StGB).
- Ab dem 02.11.2016 = nur noch kriminelle Inland- Piraterie (nach Seerecht).Die Unternehmen haben nicht einmal das Aufenthaltsrecht, denn es gibt keine Rechtsgrundlage für Ämter / Behörden / Beamte in Deutschland.
- POLIZEI = Wortmarke Bay. Patentamt. Eintrag zur Wortmarke zusammengefasst = Büroartikel und Schreibwarenhändler.
- STAATSANWALTSCHAFT = Rechtsberatung nach SIC-Eintrag.
- RICHTER = Mitglieder des Richtervereins – Bay. Patentamt.
- FINANZAMT = Finanzverwaltung für juristische Personen
- usw. - usw.

Es sind alles nur Anbieter von Telemedien nach dem Rundfunk „Staatsvertrag“ (RStV). Es sind alles privatrechtliche Handelsunternehmen die illegal auf deutschem Boden agieren und ihrer wahren Natur, der Besatzung Deutschland als Besatzungsmacht illegal zu agieren zur Durchsetzung finanzieller Interessen Dritter und der Niederhaltung des Volkes.Der Telemedienanbieter mit der Wortmarke POLIZEI – gilt somit nach den Besatzungsstatuten als SA / SS – POLIZEI !!!

Erklärung dazu: Der Besatzer des Kaiserreiches ist das 3. Reich durch Adolf Hitler. Am 08. Mai 1945 hat nur die Wehrmacht kapituliert, nicht das 3. Reich (Die Firma selbst). 1949 wurde dann die BRD gegründet, alle Rechte / Pflichten / Verträge usw. des 3. Reiches wurden auf die BRD zur Weiterführung übertragen (Überleitungsvertrag). Die BRD führte dann die Geschäfte in Identität mit dem 3. Reich weiter fort, das 3. Reich wurde aufgelöst, somit erfolgte lediglich eine Namensänderung vom 3. Reich zur BRD.

Deshalb konnte die BRD dann von den Alliierten besetzt werden, während die NAZIs sich zu dieser Zeit bereits im Reichs/Bundestag und Bundesrat befanden. Deshalb war und ist die BRD auch immer noch besetzt, die Scheinbeamten (Reichsbürger) halten das Kaiserreich weiter besetzt. Daher können auch so viele Ausländer und Politiker mit Israelischer Abstammung in der Politik sitzen, denn im Kaiserreich war dafür die deutsche Abstammung zwingend erforderlich.

Die heutigen Besitzer (Scheinbeamte) sind 2015 durch die volle Reaktivierung der S.H.A.E.F. – Gesetze durch die Alliierten erneut vollständig besetzt worden und wurden dadurch völlig handlungsunfähig gestellt.

Seit dem 02.11.2016 bzw. dem 09.04.2018 können auch die Alliierten niemanden mehr besetzen.

Straftatbestände der Ämter / Behörden ohne Hoheitsrechte:

Privathaftende, privatrechtliche Mitarbeiter von US- Unternehmen, Amtsanmaßung, Rechtsbeugung, Betrug, Geißelnahmen usw. neben schwerer wiegender Straftatbestände wie:

- 1.) Hochverrat am Deutschem Volk
- 2.) Hochverrat am Deutschem Reich
- 3.) Hochverrat am Königreich Preußen
- 4.) Kriminelle Inland Piraterie
- 5.) Beihilfe zum Völkergesozid
- 6.) Terrorisierung der deutschen Völker
- 7.) Kriminelle Plünderung der deutschen Völker usw. usw.

Niemand der Mittäter kann behaupten, er hätte das alles nicht gewusst, jeder einzelne dieser Mittäter hatte die Möglichkeit, die Handlungsempfehlungen der Firma BRD zu lesen und zu überprüfen.

Gesetze und Verordnungen durfte die BRD nie erlassen, sie gab immer nur Handlungsempfehlungen heraus, die dann sofort wie Gesetze umgesetzt wurden. In diesen Empfehlungsschreiben steht dann auch irgendwo nach ein paar Seiten, daß man diese Empfehlungen nicht rechtlich / wissenschaftlich untersuchen sollte.

Beweis: 2007 – Artikel 3 mit dem 2. Bereinigungsgesetz erlassen, (2.BMJBBG k.a.Abk.) am 23.11.2007. Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen. Alles was nicht Art. 73, 74 und 75 GG zuzuordnen und Bundesgesetz ist wurde aufgehoben !

Damit hat man dem gesamten Justizwesen Art. 92 – 104 GG jegliche gesetzliche Befugnis entzogen. Hierdurch ist es dem Bund – der BUNDESREPUBLIK – untersagt, jemals wieder Gesetze oder Verordnungen zu erlassen oder zu vollziehen.

Ausdrücklich davon ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 (Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten), BMJBBG Art 4 § 1 (2).

1982 wurde das Staatshaftungsgesetz gelöscht und mit der Aufhebung v. Art. 34 GG durch das 2 BMJBBG v. 23.11.2007 mit Art. 4 § 1 (1) auch die Staatshaftung und damit die „öffentlich-rechtlichen“ Regelungen. Es existiert nichts öffentlich rechtliches mehr (z.B. GEZ = RStV)

Deshalb kann es auch keine Bundesländer geben, die einem „Rundfunk Staatsvertrag“ beigetreten sind.

Bedeutung: Nicht ein einziges Gesetz oder Verordnung, das jemals von der Bundesrepublik Deutschland von 1949 – 1990 und von Deutschland / Germany (BRD) ab 1990 bis zum heutigen Tag erlassen worden ist, hat irgendeine Rechtskraft.

Beweis: Urteil der Firma BVerfG vom 25.07.2012 – 2 BvE 9/11 alle Gesetze und Rechtsverordnungen seit 1956 sind rechtsungültig und nichtig.

Das Besatzungsstatut wurde bereits 2015 wieder voll aktiviert und hat volle Gültigkeit, einschließlich dem Völkerrecht und der Haager Landkriegsordnung (HLKO).

Jegliche Aktivität gegen deutsche Rechtsträger (BVerfG 1987) ist eine schwere Straftat nach den gültigen Reichs- und auch den gültigen Militärgesetzen.

Die deutschen Nazi- BEAMTEN sind völlig rechtelose Kriegsverbrecher (S.H.A.E.F.-Gesetze).

Seit dem 09.04.2018, offiziell dem 12.07.2018 existiert die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr und auch kein Deutscher Bundestag mehr. Der Konkursantrag erfolgte am 01.11.2016, am 09.04.2018 war der Konkurs abgewickelt, (23,3 Billion € Schulden) die BRD und der Bundestag wurden völlig aufgelöst.

Wir haben es hier mit gewerbsmäßiger, organisierter Bandenkriminalität zu tun.

Die Legitimation der Klageberechtigung des Unterzeichners entnehmen sie bitte dem Schreiben, datiert auf den 14.08.2024, Versanddatum 15.08.2024 unter der Einschreibenummer RR1575467554DE der Deutschen Post, eingegangen beim Internationalen Strafgerichtshof am 23.08.2024 mit dem Betreff: Confirmation of the right of the undersigned to bring an action as representative of the German Reich before the International Criminal Court in The Hague

Hochachtungsvoll

(i.A. Oliver Potthoff A.R.)

(Stempel)

Anlagen

Kopie der Anfrage des Unterzeichners zur Klageberechtigung vor dem internationalen Strafgerichtshof vom 14.08.2024